Haushaltsrede FREIE WÄHLER 2026

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrte Damen und Herren des Kreisausschusses,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine Damen und Herren!

Heute verabschieden wir den Haushalt 2026 - und wir tun dies in einer Zeit, in der die finanzielle Belastung der kommunalen Ebene in Deutschland ein historisches Ausmaß erreicht hat. Deshalb möchte ich gleich zu Beginn eines ganz klar sagen: Die Kreisumlage wird nicht erhöht. Sie bleibt auf dem Niveau des Vorjahres. In der jetzigen Situation ist das ein starkes politisches Signal. Ein Signal an unsere Städte und Gemeinden,die selbst unter massivem Druck stehen. Ein Signal, das sagt: Liebe Städte und Gemeinden im Werra-Meißner-Kreis, wir lassen euch nicht im Regen stehen. Denn eines ist ebenso klar: Die Lage unseres Landkreises ist selbst äußerst angespannt: Ein Fehlbetrag von rund 14,3 Millionen Euro im Ergebnishaushalt, und ein Finanzhaushalt, der die gesetzlichen Vorgaben um etwa 20 Millionen verfehlt, und zu dem eine wachsende Abhängigkeit von Liquiditätskrediten - all das zeigt, wie ernst die Situation auch für uns ist. Aber gerade deshalb ist es richtig, dass wir die Kommunen nicht zusätzlich belasten. Und genau deshalb begrüßen wir Freien Wähler ausdrücklich, dass es in einem großen Kraftakt gelungen ist, die Umlagen Erhöhung doch noch zu verhindern.

1. Die Kommunen schützen - das ist und bleibt unser Maßstab

Denn unsere Kommunen sind das Herz unserer Region: Hier wird Demokratie erlebbar.
Hier entstehen Kitas und Grundschulen. Hier wird Infrastruktur erneuert, hier lebt das Ehrenamt, hier engagieren sich Feuerwehr, Vereine, Nachbarschaften. Wenn wir diese Ebene schwächen, schwächen wir die Basis unseres gesamten Gemeinwesens. Für uns Freien Wähler war deshalb immer klar, aber was wäre uns anderes als eine Erhöhung übrig geblieben, wenn nicht die Sondereffekte der letzten Tage eingetreten wären?
Der Landkreis spart bereits an allen Ecken und Enden durch:

- strikte Ausgabendisziplin,
- Einsparvorgaben bei Sachmitteln,
- Stellenbesetzungssperre,
- Reduzierung von Investitionen und
- Nutzung von Sondereffekten zur Entlastung.

Das alles hat ermöglicht, was heute beschlossen wird: eine stabile Kreisumlage trotz schwierigster Rahmenbedingungen.

2. Verbesserungen in unserem Beratungsverlauf - das ist selten, aber umso erfreulicher

In den Haushaltsberatungen gab es zahlreiche kurzfristige Änderungen - viele davon buchstäblich auf den letzten Metern. Und bemerkenswert ist: Diese Änderungen haben den Haushalt verbessert - nicht verschlechtert.

Dazu gehören:

- geringere Belastung durch das Klinikum: der Kreisanteil sinkt von 5,2 auf etwa 3,38 Millionen
- über 2 Millionen Euro Soforthilfe des Landes - ohne Zweckbindung, sofort wirksam,
- Entlastungen bei Sachkosten, Fortbildungen, Reinigungsleistungen und Zinslasten.

Selten wurde ein Haushalt mehrfach angepasst - und am Ende stand dann auch noch ein „besseres“ Ergebnis.

3. Die wahren Ursachen der Probleme liegen nicht vor Ort

Lassen Sie mich hier etwas sagen, das unbequem ist - aber ausgesprochen werden muss:

Die kommunale Ebene in Deutschland ist seit Jahren systematisch unterfinanziert.

Denn die Zahlen sprechen eine klare Sprache:

- Die Sozial- und Jugendhilfekosten sind seit 2023 um rund 24 Millionen Euro gestiegen.
- Viele dieser Ausgaben beruhen auf Pflichtaufgaben, die in Berlin oder Wiesbaden beschlossen werden - ohne ausreichende Finanzierung.
- In der Krankenhausfinanzierung herrscht Unsicherheit, die den Kreis Millionen kostet - während Reformen angekündigt, aber über Jahre verzögert werden.

Und das Ergebnis dieser systembedingten Unterfinanzierung?

Der Landkreis soll diese Kosten zahlen, obwohl er weder die Gesetze erlässt noch die Einnahmen dafür zugewiesen bekommt.

Wir Freien Wähler sagen klar:

Dieses System der Aufgabenzuweisungen ohne Kostenerstattung ist falsch. Es ist ungerecht. Und es gefährdet die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen und Landkreise.

Seit Jahren fordern wir deshalb:

Das Prinzip der Konnexität muss gelten – denn wer bestellt, muss auch zahlen.

4. Der Haushalt 2026 ist ehrlich –und Verantwortung beginnt mit Ehrlichkeit

Dieser Haushalt verschweigt nichts.

Er zeigt offen:

- dass die Transferaufwendungen steigen,
- dass Tarifsteigerungen und Versorgungskosten Druck erzeugen,
- dass wir in Schulen, Infrastruktur und Sicherheitsstrukturen investieren müssen,

- und dass die Einnahmen dafür nicht ausreichen.
Und dennoch setzt dieser Haushalt richtige Prioritäten:
- Bildung und Teilhabe,
- Investitionen in Schulen,
- Stärkung von Brandschutz und Gefahrenabwehr,
- Aufrechterhaltung funktionsfähiger Verwaltungsstrukturen.
Dies alles sind keine Luxusprojekte. Das sind Grundvoraussetzungen dafür, dass unser Kreis funktioniert.

5. Warum wir Freien Wähler diesem Haushalt zustimmen
Unsere Zustimmung ist keine Zustimmung aus Bequemlichkeit! Sie ist eine Zustimmung aus Verantwortung.
Wir stimmen zu, weil:
- die Kreisumlage stabil bleibt,
- der Haushalt durch die Beratungen verbessert wurde,
- die Kommunen entlastet werden,
- unsere Sparbemühungen klar erkennbar sind,
- die Risiken transparent benannt werden,
- und die strukturellen Probleme nur auf Landes-und Bundesebene gelöst werden können.

Das ist ehrliche, verantwortungsvolle Finanzpolitik. Und darauf kommt es an.

6. Mein heutiges Schlusswort
Meine Damen und Herren, der Haushalt 2026 ist kein Haushalt großer Spielräume. Aber er ist ein Haushalt der Stabilität. Er stärkt die kommunale Familie in einer Zeit, in der viele andere Ebenen sie schwächen. Er zeigt Verantwortung – und er zeigt klar, wo die wahren Ursachen der Probleme liegen. Wir Freien Wähler stehen zu diesem Haushalt. Und wir stehen weiterhin für starke Kommunen, für echte Konnexität und für eine faire Finanzierung der kommunalen Ebene.

Meine Damen und Herren, ebenso wie der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan stimmt die Fraktion der FREIEN WÄHLER - dem Entwurf des Investitionsprogramms zu, das aus bekannten Gründen nur die allernötigsten Investitionen für das Jahr 20026 vorsieht,
- und wir stimmen dem Haushaltssicherungskonzept zu, das durch gelungene und realistische Maßnahmen unsere Finanzsituation langfristig bessern soll,
- und wir stimmen dem Beteiligungsbericht und auch dem Wirtschaftsplan unseres Eigenbetriebes Bildung und Jugend zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.